Sind wir überfordert?

Autor(en): **Redli, Markus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **85 (1967)**

Heft 52

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69616

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

allem an den Mangel an Hörsälen, an Professoren und Assistenten, der es mit sich bringt, dass an gewissen Hochschulen über 150 Studenten von nur zwei, ja sogar von nur einem Professor und einigen wenigen Assistenten betreut werden müssen. Oft ist es nicht einmal mehr möglich, in Hörsälen zu arbeiten, da diese zu klein sind. Diese Verhältnisse sind katastrophal und gewährleisten in keiner Weise ein Studium, das diesen Namen verdient. Es muss zugegeben werden, dass auch bei uns auf diesem Gebiete gelegentlich Bedingungen vorliegen, die denjenigen eines Entwicklungslandes nicht unähnlich sind. Es ist also nötig, die öffentliche Meinung aufzuschrecken, nicht aus purer, kleinlicher Kritiklust heraus, sondern um ihr diese Tatsachen bewusst werden zu lassen. Denn die Öffentlichkeit ist es ja, die schliesslich die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen hat, auch wenn sie dazu gewisse Opfer an Freizeit und an Wohlstand auf sich nehmen müsste. Alle diese Gesichtspunkte hängen eng miteinander zusammen. Die Freizeit ergibt sich aus dem wirtschaftlichen Niveau, dieses wiederum hängt vom Stand der intellektuellen Entwicklung und damit letzten Endes vom Stand der Ausbildung ab.

Es scheint mir auch, dass bei der Anrechnung der Zahl der Praxismonate, die von den Ingenieur- und Architekturstudenten verlangt werden, bevor sie sich zum Schlussdiplom melden können, wenigstens ein Teil der absolvierten militärischen Instruktionsdienste berücksichtigt werden könnte. In einer Offiziersschule der technischen Truppengattungen zum Beispiel sammelt ein Student zweifellos praktische Erfahrungen, die ihm für seine beruflichen Qualifikationen äusserst nützlich sind. Dazu kommt eine menschliche Erfahrung und Reife und eine praktische Schulung in Führungsfragen. Damit würden also mit einem Schlag zwei Forderungen erfüllt: Die zivile Praxisdauer würde ohne Einbusse an Qualität verkürzt, und die Rekrutierung der militärischen Kader wäre erleichtert. Dass es sich dabei in den meisten Fällen auch um unsere zivilen Kader in den Büros, Werkstätten und Verwaltungen handelt, sei nur am Rande vermerkt.

Um meinen allgemeinen Überblick abzuschliessen, möchte ich noch auf unsere *Wohnbauprobleme* zu sprechen kommen, zu deren Lösung der Bundesrat als seinen Delegierten unseren Kollegen Fritz Berger, dipl. Bauing. SIA, berufen hat. Für uns Ingenieure handelt es sich hier um eine ausserordentlich komplexe Frage, die nicht nur in ihrer Ausgangssituation, sondern auch in ihren Ergebnissen eindeutig politischen Charakter aufweist. Politisch deshalb, weil der Wohnungsbau neben den technischen Konstruktionsproblemen auch zahlreiche sozialpolitische (Anrecht oder nicht auf eine eigene Wohnung), wirtschaftspolitische (Finanzierung, Arbeitskräfte) und siedlungspolitische (Nutzung des Bodens und Status des Nutzniessers) Fragen aufwirft. Hier geht es um Entscheidungen, die von den politischen Behörden zu treffen sind. Was uns betrifft, so sind wir uns über die Art unseres Beitrags im klaren: Wir haben rationeller zu bauen, unter bester Ausnützung von all dem, was dazu gehört und nicht mehr unbedingt originell zu sein braucht: Normalisierung, Typisierung, erhöhte Produktivität, Vorfabrikation usw. Wir dürfen uns aber nicht mit dem rein quantitativen Aspekt zufriedengeben. Wohnungen bauen heisst nicht einfach einen Unterschlupf schaffen oder Schlafstädte zu möglichst billigem Zins in die Landschaft stellen. Nach wie vor geht es um Werte, die zwar nicht in Ziffern ausgedrückt werden können, die wir aber als mindestens ebenso wichtig betrachten müssen. Es sind dies die menschlichen Aspekte des Wohnens: Lebensbedingungen, die mehr zum wirklichen Glück des Menschen beitragen als ein gut abgedichtetes Fenster oder ein raffiniert eingerichtetes Badezimmer. Der Städtebauer, der Architekt und der Ingenieur sind sich dessen bewusst, dass neue Lösungen gefunden werden müssen, und dass diese Lösungen sich aus dem Studium der menschlichen Bedürfnisse und aus dem Bestreben, eine gültige Antwort darauf zu finden, ergeben werden, und nicht einfach als ein Resultat einer noch so verfeinerten Bautechnik. Wachsamkeit ist am Platz, um nicht durch eine allzu enge Auslegung der Rationalisierungsbestrebungen, zu der uns ein gewisser Opportunismus verleitet, in ein Fahrwasser zu geraten, das sich auf die Existenzbedingungen des Menschen abträglich auswirken könnte.

Zum Abschluss meiner Ausführungen – ich hatte die Absicht, mich kurz zu fassen, aber ich fürchte, dass es mir nicht in dem Masse gelungen ist, wie Sie es gerne gesehen hätten – möchte ich unserem Verein wünschen, dass er auch in Zukunft in der Lage sei, seine Aufgabe zum Wohle der Allgemeinheit und im Interesse seiner Mitglieder zu erfüllen. Seinen Mitgliedern wünsche ich Glück und Befriedigung in ihrer beruflichen Tätigkeit.

Adresse des Verfassers: *André Rivoire*, dipl. Arch., 1204 Genève, 15, quai de l'Ile. – Die Übersetzung der französisch gehaltenen Ansprache ins Deutsche besorgte *Anatole B. Brun*, dipl. Ing., Zürich.

Sind wir überfordert?

DK 33

Referat von Dr. **M. Redli,** Direktor der Eidg. Finanzverwaltung, gehalten an der 70. Generalversammlung des SIA, Bern, 17. Juni 1967

Von der Technik? Von den grossen wirtschaftlichen Problemen? Vom Aufgabenberg, der sich vor uns türmt? Von der in vielen Belangen undurchsichtigen oder unsicheren politischen Lage? Von den finanziellen Bedürfnissen? Vom rasenden Tempo, das uns keine Zeit lässt, die Probleme durchzudenken?

Ich nehme die Antwort vorweg: Ja, wir *sind* überfordert, weil wir uns überfordern *lassen*. Die Frage ist bloss, ob wir uns aus der Überforderung lösen können.

I.

Der ungeheure Entwicklungsprozess im Bereich von Wissenschaft und Forschung, von Technik und Industrie hat uns alle überrascht. Denn der Mensch ist in mancher grundlegenden Beziehung der selbe geblieben. Wohl hat er gelernt, sich verhältnismässig schnell den äussern Veränderungen anzupassen und die Vorteile der Zivilisation zu nutzen, aber seine geistige Aufnahmefähigkeit hat sich kaum wesentlich geändert. Schulung und Ausbildung der heranwachsenden Generation sowie die Reifung der Persönlichkeit brauchen ebensoviel Zeit wie früher. Aus dieser Diskrepanz zwischen der geistigen und seelischen, aber auch der körperlichen Entwicklung des Menschen und der raschen Veränderung der Umwelt ergeben sich zwangsläufig erhebliche zusätzliche Spannungen, die sich im wesentlichen darin ausdrücken, dass brillante technische Intelligenz oft in letzter Konsequenz zu menschlich fragwürdigen Zielen führt. Klassisches Beispiel ist die Motorisierung, die sogenannte Befreiung des Individuums vom Raum, die bis zur Zerstörung fremder Individualität geht. Gerade die Architekten und Ingenieure, die das Steuer der Entwicklung mit in der Hand haben, müssen sich darüber bei der Einführung und Propagierung von Neuerungen Rechenschaft geben. *Die Technik ist zum beherrschenden Faktor geworden.* Der Mensch kann ihr kaum mehr ausweichen. Unberührte Landschaften werden immer seltener. Das Lärmbewusstsein wird zu einer menschlichen Eigenaschaft – wer den Lärm nicht ertragen kann, wird bald nicht mehr als normal gelten. (Es sei denn, Wissenschaft und Technik, denen heute keine Grenzen gesetzt scheinen, wüssten eines Tages neben der Verunreinigung der Luft und der Verschmutzung der Gewässer auch den Lärm zu beseitigen.) Die Technik dominiert unser Leben, sie überspringt nicht nur jede Distanz, sondern auch die Zeit.

«Wir haben keine Zeit mehr für die Zeit». *Wir sind überfordert als Menschen.*

Aber auch unsere *Institutionen* sind es. Vorab der Staat, Parlament, Regierung, Verwaltung. Typisch ist doch gerade, dass die recht undefinierbaren Unstimmigkeiten und Spannungen zwischen Legislative und Exekutive, also zwischen den eidgenössischen Räten und dem Bundesrat, nicht aus dem Grundsätzlichen herstammen, aus einer verschiedenen Einstellung zum Staat und seinen Aufgaben, sondern aus technischen Spezialgebieten, wie Mirage, Reaktorforschung, Nationalstrassenbau, und dass sie von hier ins Grundsätzliche zurückzuwirken beginnen. Das Unbehagen der Parlamentarier angesichts des schon rein technisch bedingten Machtzuwachses der spezialisierten Verwaltung muss auch vor dem echt schweizerischen Hintergrund betrachtet werden, dass der Bürger ein instinktives und grundsätzlich gesundes Misstrauen gegen jeden Mächtigen besitzt. Der Machtzuwachs der Verwaltung macht sie verdächtig. Sie wird für den Bürger zum Symbol aller Beschränkungen seiner persönlichen Freiheit. Dabei wird meist verkannt, dass die Ausdehnung der Verwaltung Folge, nicht Ursache ist – Folge des gewaltigen Wachstums der Wirtschaft mit den Anforderungen an die Infrastruktur, Folge der immer stärkern Hinwendung zum Wohlfahrtsstaat, zum Staat, in dem schliesslich die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit leben wird . . . Nicht die Verwaltung beschränkt die Freiheit des Einzelnen, sie will ihn im Gegenteil vor den Gefahren der Zusammenballung und der modernen Wirtschaft schützen, sie sucht ihm ein Höchstmass an Freiheit zu

bewahren (oft mischt sie sich gerade darum ein, arbeitet sie gerade dafür Vorschriften aus).

Die Überforderung unserer Einrichtungen zeigt sich selbstverständlich auch auf wirtschaftlichem Gebiet; es sei nur an das wachsende Ungenügen vieler Dienstleistungen, die Qualitätseinbussen, die Unmöglichkeit, Reparaturen ausführen lassen zu können, an die Aushöhlung der Vertragstreue usw. erinnert.

Die Überforderung des Menschen führt zur gegenseitigen *Entfremdung* und zwar bedauerlicherweise gerade unter den führenden Leuten von Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Verwaltung. Man verlangt nach Spezialisten und Superspezialisten. Während es noch im letzten Jahrhundert nur den Allgemein-Arzt gab, sind es heute Dutzende von Spezialisten, für jedes Organ des Körpers einer. Bei den Ingenieuren und Architekten ist es wohl nicht anders.

Gewiss, angesichts immer neuer Entdeckungen, einer sich ständig vertiefenden Erkenntnis der Zusammenhänge, einer Verfeinerung der technischen und wirtschaftlichen Arbeitsmethoden ist die *Spezialisierung des Einzelnen* unausweichliche Folge. Alles ist jedoch eine Frage des Masses, und dieses Mass scheint dann überschritten zu sein, wenn wegen der Spezialisierung die zwischenmenschliche Information praktisch unmöglich wird. Unsere Neigung zur Überbewertung der Technokratie (auch die Juristen, die Volkswirtschaftler werden in ihrem Bereich zu Technokraten!) dürfte schliesslich dort ihre Grenze finden, wo ein führender Kopf in einer Sprache spricht, die keiner mehr versteht. Von dieser Feststellung führt ein gerader Weg zur heutigen Ausbildungstendenz, bei den höhern Stufen mit der Spezialisierung sehr früh zu beginnen. In Wirklichkeit steht hinter dieser Tendenz die Absicht, die Ausbildungszeit möglichst rasch hinter sich zu bringen, um aktiv teilzunehmen am Wirtschaftsprozess, oder – deutlicher – am klingenden Segen der Hochkonjunktur. Damit fehlen auf hohen Posten in Wirtschaft, Verwaltung und Politik immer mehr Leute mit einer Bildung, die nicht auf dem Wechselnden, dem Merkmal der Spezialität, sondern auf dem Dauernden, Merkmal der Generalisation, beruht und die in der Lage sind, die Dinge zu überblicken, die Probleme in den grossen Zusammenhängen zu sehen. Die wirklich grundlegenden Entscheide – unsere Zeit verlangt viele solche – erfordern nicht oder nicht in erster Linie Kenntnis von Konstruktionsmerkmalen, Bewertungsmethoden oder betreibungsrechtlichen Finessen, weit eher Grundfachwissen verbunden mit geschichtlicher, philosophischer und politischer Schulung.

Je mehr wir zu einseitigen Spezialisten werden, umso mehr überfordern uns, wenn sie an uns herankommen, die Grundfragen der menschlichen und staatlichen Existenz. Auch der Gemeinsinn schwindet. Wir verlieren die echte, innere Beziehung zum Staat. Er wird für uns immer mehr zu einer riesigen und unpersönlichen Verteilorganisation. Hauptanliegen des Einzelnen und der Gruppen ist, sich einen möglichst grossen Anteil an den zur Verteilung gelangenden Gütern und Diensten zu sichern. Im Treibhausklima der allgemeinen Wohlfahrt, in dem der Einzelne gegen die Fährnisse des Lebens immer besser abgeschirmt lebt, nimmt der Wille zur Leistung und Selbstbehauptung ab. Beim ersten rauhen Wind (Beschäftigungsrückgang, Preisabgebote ausländischer Konkurrenten, Ernteausfälle) wird der Staat zu Hilfe gerufen, der gleiche Staat, den wir, solange es uns gut geht, möglichst fern von uns wissen möchten.

Das Merkwürdige ist bloss, dass wir trotz dem wachsenden äusseren Wohlstand innerlich doch immer unzufriedener werden. Es fehlt die Befriedigung, die nur ein «Einsatz mit letzten Kräften», die Bewährungsprobe in schwierigen Situationen verschaffen kann. *Auch der Wohlstand kann uns überfordern, wenn er nur zu immer neuen Begehrlichkeiten führt.*

Mehr als je ist es ein Gebot der Stunde, dass wir uns über dem Speziellen nicht verlieren, von ihm nicht gefangennehmen lassen, sondern uns auch Zeit erübrigen für kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische Probleme, für die echten Bedürfnisse des Menschen überhaupt, damit wir in grossen Linien das Ganze überblicken können.

Woher aber die Zeit? Aus der Distanzierung vom Unwesentlichen. Uns aus der Überforderung lösen, heisst auch, vom Sklaven des Terminkalenders wieder zum Herrn der eigenen Zeit aufzusteigen.

II.

Der Aufgabenberg

Er steht wirklich vor uns. Er ist keine Redensart, keine Ausflucht der Fiskalmenschen. Seit Anfang der sechziger Jahre hat er sich aufzutürmen begonnen, und heute ist er eines der Hauptmerkmale unserer innenpolitischen Situation. Die zahlreichen an den Staat gerichteten Ansprüche drohen ihn zu überfordern. Denn alles sei vordringlich und alles habe gleichzeitig zu geschehen.

Auf dem Gebiet der Infrastruktur steht mit einem bedeutenden Nachholbedarf der *Verkehr* im Vordergrund. Das gilt für das Milliardenunternehmen der Nationalstrassen – das grösste nationale Bauvorhaben unserer Zeit – wie für den andern Hauptverkehrsträger, die *Bahnen*. Ihnen hat man noch vor zwanzig Jahren die Zukunft abgesprochen, doch heute erleben sie eine wahre Renaissance. Die Transportleistungen haben gewaltig zugenommen, sowohl intern als auch im Transit, was neben der technischen Erneuerung bedeutende Ausbauten erfordert, wie Grenzbahnhöfe, regionale Güterzentren und Entflechtung von Knotenpunkten. Zukunftsverheissend ist bei diesem Verkehrsträger vor allem, dass er sich dank seiner Schienengebundenheit – die man früher als Nachteil ansah – für die Kybernetik geradezu anbietet. Er könnte möglicherweise mit der Verfeinerung der Computer- und Steuerungstechnik einen entscheidenden Trumpf gewinnen und damit die grossen Vorteile des Individualverkehrs auf anderem Gebiet ausgleichen. Wenn ich den schienengebundenen Verkehr erwähne, darf ich auch das Problem der Übernahme weiterer Privatbahnen durch den Bund nicht übergehen. Um im Bild des Aufgabenberges zu bleiben: Es ist eine schmale Bergstrasse, vielleicht nicht ganz frei von Überraschungen . . .

Bei den *Nationalstrassen,* deren Bau sich allmählich dem Höhepunkt nähert, bedrücken uns die finanziellen Aspekte. Trotz mehrmaliger Erweiterung der Finanzierungsbasis – in Anpassung an neue bzw. präzisere Kostenschätzungen – musste der Bund bis Ende des letzten Jahres mit 1,7 Milliarden Franken in Vorschuss treten. Damit hat er dem Nationalstrassenbau schon seit Jahren Anleihen zur Verfügung gestellt, die heute von den Automobilverbänden als Ausweg aus der Finanzierungsklemme empfohlen werden, und durch die Gewährung so grosser Vorschüsse hat er stillschweigend auch zugestanden, dass das Werk nicht von unserer Generation allein zu bezahlen ist. Beim ausgesprochenen Transitcharakter des Landes stellt sich immer wieder die Gewissensfrage, ob und wie wir die Ausländer mitbelasten. Dabei stossen wir an das traditionelle Prinzip der Gebührenfreiheit und haben auch Hemmungen aus touristischen Gründen. Anderseits ist es nur recht und billig, vom reinen Transit einen Tribut für die Vorteile der raschen Alpenüberquerung zu verlangen. Es kann ja nicht übersehen werden, dass die Nationalstrassen besonders im Nord-Südverkehr den Passantentourismus erheblich schmälern werden, der gerade für die industriearmen Bergtäler von grosser Bedeutung ist.

Die Begehren auf Ausbau der *Binnenschiffahrt*, die nach wie vor recht leidenschaftlich verfochten werden, die Probleme, die mit dem Bau weiterer Raffinerien und Rohrleitungsanlagen zusammenhängen, seien nur angedeutet.

Das Aufkommen des *Massenluftverkehrs* wird vor allem an den Bau von Flughäfen grosse Anforderungen stellen. Aber auch die Bereitstellung ausreichender Hotelunterkunft in deren Nähe ist als

R. Ruckli, K. Kobelt, M. Redli, M. v. Tobel, J. J. Vischer A. Ostertag, G. Wüstemann H. C. Egloff und R. Christ



Postulat zu erwähnen. – Mehr noch als diese lösbaren Aufgaben muss angesichts unserer Bevölkerungsdichte das mit dem Überschallverkehr verknüpfte Lärmproblem uns skeptisch stimmen.

Damit sind wir schon bei der Kehrseite der Errungenschaften des technischen, des atomaren Zeitalters angelangt, bei den erforderlichen Gegenmassnahmen. Der *Schutz der Gewässer,* allzu lange vernachlässigt, muss jedoch vordringlich vorangetrieben werden, soll es eines Tages nicht mehr beim blossen Sterben von Fischen bleiben. Das genügt aber nicht. Allmählich wird die Schweiz zum übervölkerten Land: die Bevölkerung nimmt laufend zu, das Angebot an Boden aber wird knapper. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, endlich auch unsere *Landes- und Regionalplanung* kräftig anzupacken. Gerade hier eröffnet sich für Sie die Möglichkeit einer grossen Pionierarbeit. Nötig ist eine klare Konzeption, die auch der künftigen technischen Entwicklung weitmöglichst Rechnung trägt.

Gross und rapid wachsend sind die Anforderungen an den Staat im Gebiet von *Wissenschaft, Forschung und Lehre.* Neben der Forschung im eigenen Land, die selektiv sein muss, drängt sich für unsern Kleinstaat die Beteiligung an internationalen Projekten auf. Sie hat aber nur einen Sinn, wenn gleichzeitig im Inland die Basis geschaffen wird, um die Resultate der internationalen Kooperation und Arbeitsteilung auszuwerten. Das erfordert bedeutende Mittel, Forscher, Hilfspersonal und Finanzen. Eine grosse neue Aufgabe für den Bund liegt in der Unterstützung der kantonalen Hochschulen. Innert 10 Jahren hat sich die Zahl der Studenten verdoppelt und sie wird weiter ansteigen. Die Kantone haben eindringlich dargelegt, dass sie die wachsenden Lasten nicht mehr allein tragen können. Eine dreijährige Übergangsordnung für die Bundeshilfe steht bereits in Kraft, und die Dauerordnung ist in Vorbereitung. Nach ihr hätte der Bund innerhalb der ersten 6 Jahre für die kantonalen Hochschulen 1,2 Milliarden Franken zur Verfügung zu stellen. Die Bundeshilfe kann aber nicht voraussetzungslos gewährt werden. Eine Koordination zur Vermeidung kostspieliger Doppelspurigkeiten ist unerlässlich und ihre Notwendigkeit von den sorgfältig auf ihre Autonomie bedachten Kantonen glücklicherweise auch anerkannt. Dieses Postulat ist ebenso wichtig im Blick auf die Projekte zur Gründung neuer Hochschulen. In welchen Grössenordnungen sich auch sonst in diesem Gebiet die Probleme stellen, zeigt Ihnen das Beispiel der ETH. Letztes Jahr haben die eidgenössischen Räte für den Ausbau und die Verlegung 444 Millionen Franken bewilligt; in einer neuen Vorlage sollen nochmals über 170 Millionen Franken gesprochen werden. Der Kanton Waadt wünscht die Übernahme der EPUL durch den Bund. – Wenn doch der Aufgabenberg auch eine Goldmine enthielte! Während die Grundlagenforschung vom Bund seit Jahren über den Nationalfonds mit stets wachsenden Beträgen gefördert wird, ist eine Trägerorganisation zur Förderung der angewandten Forschung, für die eine Bundeshilfe freilich nur subsidär in Frage kommen könnte, noch nicht endgültig gefunden. Auch hier wie in allen Bereichen ist aber entscheidend, dass wir die Probleme in ihren Gesamtzusammenhängen betrachten – eine Hauptsorge des seit zwei Jahren an der Arbeit stehenden Wissenschaftsrates. Es nützt nichts, auf einem bestimmten Gebiet einen überdimensionierten Apparat spezialisierter Wissenschafter zu haben, wenn es auf den untern Stufen am Nachwuchs fehlt. Ich denke in Ihrem Tätigkeitsbereich vor allem an die Techniker; schliesslich müssen auch die handwerklichen Berufe mit in die Gesamtplanung einbezogen werden. Fortschritte der Wissenschaft, die nicht bis an die Front des täglichen Lebens durchdringen können, werden sonst leicht illusorisch. – Diese wenigen und sehr unvollständigen Hinweise mögen Ihnen zeigen, dass wir uns der Bedeutung bewusst sind, die im Kleinstaat der Heranbildung eines qualifizierten Nachwuchses und der Förderung der Forschung zukommt, also der Ausbeutung der «matière grise», von der behauptet wird, sie sei unser einziger Rohstoff. In der Rangordnung der zu lösenden Aufgaben steht dieser Bereich weit oben.

Weitere Aufgaben kann ich nur summarisch streifen: Die Erhaltung der Schlagkraft unserer *Armee*, die wegen der raschen technischen Entwicklung grosse Opfer fordert, den Aufbau und Ausbau des *Zivilschutzes,* wesentlicher Bestandteil der totalen Landesverteidigung. Die aus Gründen der Kriegsvorsorge wichtige Erhaltung einer leistungsfähigen *Landwirtschaft* lässt sich nur erreichen durch eine grundlegende Verbesserung der Betriebsstruktur, bei welcher der Bund finanziell massgeblich mithelfen muss. Erwähnt seien sodann die verschiedenen *sozialpolitischen Postulate.* Im Zusammenhang mit den *Beziehungen zum Ausland*, deren Ausdehnung und Vertiefung ein weltweites Anliegen der Völker und Staatsmänner geworden ist, zeichnen sich ebenfalls zusätzliche Aufgaben und Belastungen ab: Entwicklungshilfe, Finanz- und Währungshilfe, Mitwirkung in neuen supranationalen Organisationen sowie bei Gemeinschaftsunternehmungen (Atomtechnik, Weltraumforschung, Krankheitsbekämpfung usw.).

Wir stehen vor gewaltigen Problemen, die wir lösen müssen, wenn wir nicht an Wohlstand einbüssen wollen. Wie steht es um die Mittel dazu?

III.

Ausgetrockneter Arbeitsmarkt

Über das Fremdarbeiterproblem sind in den letzten Jahren, zusammengerechnet, Bücher geschrieben worden. Ich möchte nicht ein einziges Blatt hinzufügen, umso weniger als mir die Zeit dazu hier fehlt. Wir stehen vor dem klassischsten Beispiel einer Überforderung der Wirtschaft und ihres Produktionsapparates, einer Überforderung, die wir zwar nicht gewollt, aber zugelassen haben, vielleicht mit geistig verbundenen Augen. Was lässt sich tun, wie sieht die Zukunft aus? Nach Ansicht der Fachleute werden wir auf dem Arbeitsmarkt noch auf lange Zeit mit einem Angebotsdefizit rechnen müssen. Immerhin wird sich der Neuzugang an schweizerischen und der in den Zustand der Niederlassung übertretenden ausländischen Arbeitskräfte auf beachtlicher Höhe halten. Da auch bei der von den Behörden in Aussicht genommenen Lockerung der betrieblichen Plafonierung eine Erhöhung des Fremdarbeiterbestandes aus staatspolitischen Gründen ausser Betracht fällt, kommt der weiteren Rationalisierung in allen Bereichen des Wirtschaftslebens grösste Bedeutung zu – selbst auf das Risiko hin, dass wir eines Tages im Kursaal Bern unsern Aperitiv selber am Buffet holen müssen. Darüber hinaus kann uns längerfristig nur eine aktivere und verantwortungsbewusste Assimilierungspolitik der Lösung des Problems näher bringen.

IV.

Überforderte Bundeskasse

Der Flut von Aufgaben und Begehren sind unsere soliden eidgenössischen Finanzen nicht mehr gewachsen. Nach einer langen Reihe von Jahren mit Überschüssen, die uns erlaubten, die aus der Kriegszeit 1939/45 stammenden Schulden wesentlich abzutragen, stehen wir unmittelbar am Beginn einer Defizitperiode. Sie lässt sich mit Einsparungen allein, unter denen der Abbau von Subventionen heute viel Gesprächs- und beinahe Zündstoff liefert, nicht überwinden. Nach der Durchleuchtung der Bundesbeiträge werden nun auch alle übrigen Ausgaben des Bundes durch eine Gruppe von Wissenschaftern und Fachleuten der Wirtschaft unter die Lupe genommen. Wie hoch aber immer das Ergebnis möglicher Einsparungen sein wird – bis zu deren Realisierung ist erst noch ein weiter Weg zu gehen –, wir kommen um die Erschliessung zusätzlicher Einnahmen nicht herum.

Die Aufgabe ist umso schwieriger, als ja auch die meisten Kantone und Gemeinden in einem finanziellen Engpass stehen und weil jede Steuervorlage des Bundes die Hürde der Volksabstimmung nehmen muss. Ausländer staunen immer wieder, dass wir Schweizer über die Steuern, die wir bezahlen oder nicht bezahlen wollen, selber abstimmen. Wenn die Philosophen recht haben mit ihrer Theorie, die wahre Freiheit bestehe darin, das Notwendige freiwillig zu tun, so könnten wir uns auf unsere Steuerdemokratie viel zu gute halten. In Wirklichkeit ist diese Kompetenzordnung in der heutigen Zeit etwas zu schwerfällig geworden, wenn auch andererseits zuzugeben ist, dass sie vor übereilten Entschlüssen schützt. So sind heute die eidgenössischen Räte nicht zuständig, selbst nur im Ausmass der integrationsbedingten Zollausfälle zusätzliche Einnahmen zu beschliessen. Unsere Steuerdemokratie ist auch ein Tummelfeld des Steuerföderalismus geblieben, der nicht nur unübersichtlich ist, sondern auch zu Ungleichheiten – viele gehen weiter und sprechen von Ungerechtigkeiten – in der Belastung führt.

Bei den grossen vor uns liegenden Aufgaben sind Finanzprobleme nicht zu umgehen. Sie sind in staatspolitischer Sicht sogar heilsam. Wir werden gezwungen, Aufgaben und Ausgaben gründlicher zu überdenken, längerfristig zu planen und Dringlichkeitslisten zu erstellen. Überfordert ist heute die Bundeskasse, nicht die Finanzkraft von Wirtschaft und Bevölkerung. Das will besagen, dass die Finanzprobleme mit Hilfe derer, die dem Bund zusätzliche Lasten aufbürden, durchaus lösbar sind, nämlich mit dem guten Willen der Stimmbürger; sie und das von ihnen bestellte Parlament beschliessen ja auch die Aufgaben bzw. die Ausgaben . . .

V.

Überfordert uns die Integration?

In meinem Rundblick über die schweizerische Gegenwart, der viele Probleme nur streifen konnte, manche übergehen musste, fehlt

das Kapitel «*Integration*». Wird uns die europäische Integration überfordern?

Die Nachkriegszeit wird möglicherweise einst als ein umfangreiches, ständiges Hineinwachsen der Eidgenossenschaft in die verschiedenen Verflechtungen der internationalen Zusammenarbeit, vielleicht sogar der internationalen Politik, gewertet werden. Das mag der Anpassungsfähigkeit und Elastizität unserer Politik gutgeschrieben werden. Anpassungsfähigkeit ist zwar, zumal für ein kleines Volk, nur bedingt eine Tugend. Jedenfalls nur soweit, als sie von einer spürbaren, kritischen Gegenwart begleitet ist. Diese gegenläufigen Kräfte sind vorhanden; sie befruchten die im Gange befindliche Diskussion.

Ich sehe den Grund des nur langsamen Hineinwachsens in die internationale Zusammenarbeit und Politik noch in einem andern: in einem natürlichen Reifeprozess, der mit den Grundelementen unserer staatlichen Existenz in Einklang steht. Was für die Integration als Ganzes gilt, ist es in besonderem Masse für unser Land: Nur eine Integration, die mit den inneren Werdegesetzen Europas im Einklang steht, die seine geistigen, kulturellen und politischen Traditionen nicht missachtet, kann zu einem lebensfähigen, organisch sich bildenden Zusammenschluss führen. Das heisst für uns: Nur eine Integration, die unserer föderalistischen Staatsform und der immerwährenden Neutralität Rechnung trägt, belässt uns die Eigenstaatlichkeit. Bedingungslose Einordnung wäre für uns gleichbedeutend mit staatlicher Selbstaufgabe. Sie wäre endgültige Überforderung.

VI.

Alle Anzeichen unserer heutigen Überforderung sind letztlich nicht so sehr auf strukturelle, sondern auf menschliche Probleme zurückzuführen. «Wir haben die materiellen Grundlagen zu einem Leben in Menschenwürde geschaffen und verstehen dieses Leben nicht zu leben ... Wir meistern die Technik, und lassen uns durch sie knechten.» Das sind Worte von Prof. Dr. F. T. Wahlen, dem nachmaligen Bundesrat, gesprochen zehn Jahre nach Kriegsende.

Leider sind wir inzwischen nicht weiter gekommen. Der Weg zur Vollkommenheit ist eben steil. Viel leichter ist es, sich dem «Zug der Zeit» getrost anzuschliessen, wohin er auch führen mag. Wer stets mit dem Strom schwimmt, kommt rasch vorwärts – und abwärts. Deshalb sind wir immer wieder aufgerufen, den Fortschritt kritisch zu betrachten, und je mehr wir das tun, desto fruchtbarer, desto echter und beständiger wird unser Fortschritt sein.

Adresse des Verfassers: Dr. iur. *Markus Redli,* Direktor der Eidg. Finanzverwaltung, 3003 Bern.

70. Generalversammlung des SIA, Bern 1967

DK 061.3:62:72

Die üblicherweise einer Generalversammlung vorausgehende Delegiertenversammlung des SIA kam am Freitag, 16. Juni 1967, im Kursaal in Bern zur Durchführung. In seinem einleitenden Bericht konnte Präsident *A. Rivoire* insbesondere bekanntgeben, dass das Bundesgericht in seinem Entscheid vom 13. Juni 1967 festgestellt hat, dass die Titel «Ingenieur HTL» und «Architekt HTL» rechtswidrig sind. Die Delegierten genehmigten den Geschäftsbericht des Central-Comité für 1966 sowie die Rechnung für 1966, die mit einem Einnahmen-Überschuss von rund 50 000 Fr. abschliesst.

Als Nachfolger für den zurückgetretenen Dr. *G. Borgeaud,* dipl. Masch.- und El.-Ing., Winterthur, wurde Dr. *A. Goldstein,* dipl. El.-Ing., Direktor der Micafil AG, Ennetbaden, neu in das Central-Comité gewählt. Die übrigen acht Mitglieder nahmen eine Wiederwahl an. Präsident A. Rivoire wurde mit Akklamation für eine weitere Amtsdauer gewählt.

Im neuen Verfahren für die Aufstellung von SIA-Normen, das von den Delegierten genehmigt wurde, sind neu Richtlinien und Empfehlungen vorgesehen, was eine bessere Anpassung an die Bedürfnisse der Praxis erlaubt. Man unterscheidet also zukünftig vier Arten von Vorschriften: Ordnungen, Normen, Richtlinien und Empfehlungen.

Die revidierten Normen für die Bauwerksbelastungen, Nr. 160, und für die Ausführung der Bauwerke aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton, Nr. 162, wurden genehmigt, unter dem Vorbehalt gewisser Bereinigungen. Schliesslich wurden die Delegierten durch ein Referat von *H. Joss,* dipl. Arch., Geschäftsführer der Schweizerischen Zentralstelle für Baurationalisierung (CRB), über die vielgestaltige Tätigkeit dieser Institution orientiert.

Anlässlich des Mittagessens überbrachte Gemeinderat *H. Morgenthaler,* Tiefbaudirektor der Stadt Bern, die Grüsse und Wünsche der Stadtbehörden und unterstrich speziell die guten Beziehungen und die Zusammenarbeit, die im Lande Bern zwischen den Behörden und den Ingenieuren und Architekten bestehen.

Während die Delegiertenversammlung am Nachmittag fortgesetzt wurde, konnten die Damen in drei verschiedenen Gruppen Interessantes in Bern kennen lernen: die Eidg. Münzstätte (35 Teilnehmerinnen), die Chocoladefabrik Tobler (25) oder den Tierpark Dählhölzli (5). Der Abend vereinigte Damen und Herren bei einem gemütlichen Nachtessen im «Bären» in Münchenbuchsee. Anschliessend bot das Orchester des Bernischen Musikkollegiums in der Kirche Jegenstorf eine Serenade, die Werken von Corelli, Gounod und Schubert gewidmet war. Gross war die Freude aller Teilnehmer (rd. 250) an den ausgezeichneten Leistungen dieses Amateur-Orchesters, das man bei wärmerem Wetter im Schlosspark hätte hören dürfen, dem man nun aber zuvor einen kurzen Besuch abgestattet hatte.

Den ausgezeichneten Überblick über die Tätigkeit des SIA, den *Präsident Rivoire* anlässlich der *Generalversammlung* vom Samstag, 17. Juni 1967 in der Konzerthalle des Kursaals Bern gab, findet der Leser am Kopf des heutigen Heftes, und anschliessend den Vortrag, den anstelle des krankheitshalber verhinderten Bundesrates Roger Bonvin Finanzinspektor Dr. *M. Redli* hielt. Seine Ausführungen regten gerade uns, die wir sozusagen aus Berufspflicht auf «Volldampf voraus» eingestellt sind, sehr zu kritischer Überprüfung unserer Haltung an.

Von den Geschäften der Generalversammlung (rund 200 Teilnehmer) ist von Bedeutung, dass als Ort der Versammlung 1969 Lausanne gewählt wurde, wozu die SektionWaadt eingeladen hatte. In sehr generöser Weise stellte sie eine zweite Einladung für das Jahr 1974 in Aussicht, da sie dann ihre Hundertjahrfeier abhalten wird.

Unmittelbar nach Schluss der Versammlung wurde aufgebrochen zu den Nachmittags-Ausflügen, die grösstenteils mit einem währschaften Berner Mittagessen begannen. Nicht weniger als sieben verschiedene Exkursionen hatten die Berner Kollegen sorgfältig vorbereitet (Teilnehmerzahl in Klammern): Tscharnergut und Halensiedlung (25), Neubauten Bahnhof Bern (45), Neubau Eidg. Amt für Mass und Gewicht (35), Fahrt ins Emmental (25), Zukunftsstadt Biel und Umgebung (25), Juragewässer-Korrektion (35), Bernische Landsitze (160). Stets aufhellendes Wetter begünstigte die gute Stimmung, die sich der Teilnehmer bemächtigte, von der wir uns in der Gruppe «Landsitze» selbst überzeugen konnten. Mochte man auch bedauern, dass in den drei besuchten Schlössern Lohn, Burgistein und Oberdiessbach nur ein einziger Innenraum betreten werden durfte, genoss man anderseits eben das Äussere um so aufmerksamer, und nicht zuletzt auch die Fahrt über abgelegene Wege im Herzen des schönen Bernbiets.

Als Glanzpunkt des Tages stand der «Ball im Park» auf dem Programm, und er wurde es tatsächlich. Im Gegensatz zum Vorabend war die Temperatur durchaus angenehm, als man zwischen einem Spalier brennender Fackeln in die Stadtgärtnerei Elfenau einfuhr, deren grosse Halle für die 435 Damen und Herren des SIA ausgeräumt und hergerichtet worden war, um sie zuerst verpflegen zu können und ihnen nachher das Tanzen nach Herzenslust zu ermöglichen. Aber auch die übrige Unterhaltung war ausgezeichnet, und wir möchten *Mani Matter* für seine Berner Chansons ganz hohes Lob spenden. Selten wird man in einem Kabarett solche Ausdruckskraft von Situationsmalerei, Witz und Feinheit der Nuancierung finden, wie sie dieser Berndeutsch-Sänger geboten hat.

Zum Schluss sei nicht versäumt, unsern Berner Kollegen aufs herzlichste zu danken für die Durchführung der diesjährigen Generalversammlung, deren Übernahme ihnen ja vor zwei Jahren in Basel recht deutlich nahegelegt worden war. Sie haben ihre Sache ausgezeichnet gemacht, allen voran der Sektionspräsident *R. Gfeller,* Masch.-Ing., aber auch seine Assistenten, als da sind die Mitglieder des Lokalkomitees: Präsident *H. von Känel,* Arch., Vize-Präsident *H. Bürgi,* Bauing., Sekretär *H. Spörri,* Arch., Kassier *H. Gaschen,* Bauing.; DV und GV: *H. Gerber,* Masch.-Ing.; Exkursionen, Serenade: Dr. *R. Mathys,* Bauing., *H. P. Stocker,* Bauing., *P. Grützner,* Arch.; Ball: *B. Suter,* Arch., *P. Eigenmann,* Arch.; Drucksachen: *M. Balzari,* Bauing.; Tagessekretariat: *A. Peter,* Frl. *Fischer* und Frl. *Favre.* Sie haben sich nur über *etwas* zu beklagen, nämlich über das wortlose Nichterscheinen vieler, die zum Tierparkbesuch angemeldet waren – eine Unhöflichkeit gegenüber der Direktorin, die für das Lokalkomitee peinlich war. Weil wir ja in der Bauzeitung einigermassen unter uns sind, muss das im Hinblick auf spätere Veranstaltungen gesagt sein.

W. J.